Das Pfand ist keine Lösung für die Schweiz

Folgen eines Pflichtpfandes auf Getränkedosen und Getränkeflaschen



Weniger Sammelstellen für die Bevölkerung.

Die Littering-Problematik wird nicht gelöst.

Bessere Lösungen werden verhindert.

www.kein-pflichtpfand.ch

4 Neue Pfandforderung im Parlament

Bereits 2013 hat das Parlament eine identische Pfandforderung von Nationalrat Alois Gmür klar abgelehnt. Es gibt keine neuen Argumente, die für ein Pfand sprechen.

5 Das Pfand: keine Lösung für die Schweiz

Die hervorragend funktionierenden Recyclingsysteme für Getränkeverpackungen würden ohne Not, und ohne einen Mehrwert zu schaffen, zerstört.

6 Erfolgreiche Recyclinglösungen in Gefahr

Die heutigen, privatwirtschaftlichen Recyclinglösungen fördern die Innovation. So schaffen sie ökologische Mehrwerte bei tiefen Kosten und hoher Kundenfreundlichkeit.

8 Kundenfreundlichkeit nimmt ab

Der Bevölkerung kann Getränkeverpackungen heute an über 100'000 Sammelstellen zurückgeben. Mit dem Pfand gäbe es nur noch 7'000 Rückgabemöglichkeiten.

10 Quotenvergleiche sind oft irreführend

Weil es keine international standardisierten Mess- und Berechnungsmethoden gibt, sind länderübergreifende Quotenvergleiche nicht aussagekräftig.

12 Schweizer Verpackungsmix: Ökologisch gut und geeignet

Ob Glas, Alu oder PET – jedes Material hat Vor- und Nachteile. Aus ökologischer Sicht gibt es keine Verpackung, die überlegen ist.

14 Sensibilisierung hilft gegen Littering

Nur mit einer Änderung der Mentalität kann das Littering nachhaltig bekämpft werden. Trotz Pfand würden mindestens 93 Prozent der gelitterten Gegenstände liegenbleiben. Gastbeitrag der IG saubere Umwelt

16 Service Public in Gefahr

Das Pfand führt zu einer Verlagerung der Wertstoffströme von den Gemeinden in den Handel. Das gefährdet die Finanzierung von Werkhöfen und Quartiersammelstellen. Gastbeitrag des Schweizerischen Verbandes Kommunale Infrastruktur

18 Ganzheitliches Zielsystem statt Pflichtpfand

Die Recyclingquote ist einer von vielen Indikatoren, um den Nutzen eines Recyclingsystems zu messen. Eine einseitige Fokussierung auf die Quote verhindert bessere Lösungen.



Markus Tavernier (l.) und Patrik Geisselhardt (r.)

Liebe Leserinnen und Leser

In der Schweiz ist es eine Selbstverständlichkeit, Wertstoffe vom Abfall zu trennen. Textilien, Elektrogeräte, Getränkeverpackungen, Batterien und viele weitere Gebrauchsgegenstände werden separat gesammelt und rezykliert. Wir tun dies freiwillig und sehr erfolgreich. Einen Grund dafür, dieses Erfolgsmodell über Bord zu werfen, gibt es nicht.

Wenn wir uns über Littering ärgern, uns höhere Recyclingquoten wünschen oder mehr Mehrwegflaschen wollen, wird immer wieder – als scheinbar einfache Lösung – der Ruf nach einem Pfand auf Getränkeverpackungen laut. Was schnell gefordert ist, wäre ein radikaler Schritt mit negativen Folgen.

Zur Faktenlage: Als Dachorganisation der Schweizer Recycling-Organisationen und als Verfechter und Förderer der Kreislaufwirtschaft sehen wir uns hier in der Pflicht: Mit dem vorliegenden Bericht, der auf den wichtigsten aktuellen Studien und den Erfahrungen des europäischen Auslands beruht, zeigen wir auf, welche Auswirkungen ein Pfand in der Schweiz hätte und welche gerade nicht.

Das Fazit: Ein Pfand bringt der Schweiz keinen Zusatznutzen – weder bei den Recyclingquoten, noch beim Littering, noch beim Anteil der Mehrwegverpackungen. Verloren ginge hingegen die konsumentenfreundliche Sammelinfrastruktur, weil Getränkeverpackungen nur noch im Detailhandel entsorgt werden könnten.

In Ländern ohne funktionierende Separatsammlung kann das Pfand ein guter Weg sein, um eine Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Mit der Ausgangslage der Schweiz aber macht ein Pfand keinen Sinn, sondern steht zukunftsgerichteten Entwicklungen sogar im Weg.

Markus Tavernier

Präsident Swiss Recycling Patrik Geisselhardt

Geschäftsführer Swiss Recycling

Neue Pfandforderung im Parlament

Mit einer parlamentarischen Initiative will Nationalrat Alois Gmür (CVP, SZ) ein Pflichtpfand auf alle Getränkeflaschen und -dosen einführen. Bereits im September 2012 hat Alois Gmür eine identische Forderung eingereicht. Die zuständige Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-NR) kam nach ihren Beratungen zum Schluss, dass die Schweizer Recyclingquoten die Werte anderer europäischer Länder übertreffen, dass Getränkeverpackungen nur einen limitierten Anteil des

Litterings ausmachen, dass die Einführung eines Pfandes mit hohen Einführungskosten verbunden wäre und, dass das Pfand das bestehende System zerstören würde. Die Kommission hielt abschliessend fest, dass ein Sammelsystem nur funktioniert, solange Sammelstellen im Moment der Konsumation offen und in der Nähe sind. Die Kommission und der Nationalrat haben die Forderung deshalb im Frühjahr 2013 klar abgelehnt. Es gibt keine neuen Argumente, die für ein Pfand sprechen würden.

Wortlaut der parlamentarischen Initiative A. Gmür

Einführung eines Pflichtpfands für Getränkedosen und Getränkeflaschen

Eingereichter Text: Die Bundesversammlung soll die Rechtsgrundlagen schaffen, damit auf allen Getränkeflaschen und Getränkedosen ein Pfand erhoben wird.

Begründung: Die Umweltverschmutzung mit PET-Flaschen und Aluminiumdosen nimmt zu. Täglich erreichen uns Bilder von Unmengen von PET-Flaschen, Dosen und Plastik, die die Meere verschmutzen. In der Schweiz werden auf Plätzen, Strassen und an Strassenrändern Getränkedosen und Getränkeflaschen liegengelassen. Ein Pfand gibt diesen Behältnissen einen Wert, sodass es sich lohnt, diese Behältnisse zu sammeln oder an die Verkaufsstellen zurückzubringen. Ein Pfand vermindert das Wegwerfen und die Abfallmenge. Es fördert das Mehrweggebinde und schont den Ressourcenverbrauch. Mehrweggebinde wird im Unterschied zu Einweggebinde immer wiederverwendet und nicht aufwendig recycliert. Ein Pfand schafft einen wirtschaftlichen Anreiz Abfall zu vermindern, ja sogar zu vermeiden. Ein Pflichtpfand bedeutet auch Tierschutz: Tiere können nicht zwischen Gras und herumliegenden PET-Flaschen oder Dosen unterscheiden und fressen sie. Sie erkranken daran und können sogar verenden. In anderen Ländern wurde das Pflichtpfand erfolgreich eingeführt.

Quellen

Schweizer Parlament, parl. Initiative 19.470: «Einführung eines Pflichtpfands für Getränkedosen und Getränkeflaschen», 21. Juni 2019

Schweizer Parlament, parl. Initiative 12.478: «Einführung eines Pflichtpfands für Getränkedosen und Getränkeflaschen», 27. September 2012

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie: «Bericht zur Pa.Iv. Gmür. Einführung eines Pflichtpfands für Getränkedosen und Getränkeflaschen», 12. Februar 2013

Das Pfand: keine Lösung für die Schweiz

Die Schweiz verfügt über kundenfreundliche und effiziente Recyclingsysteme für Aluminiumdosen, Glasflaschen und PET-Getränkeflaschen. Diese sind passgenau auf den Schweizer Getränkemarkt und die gesamte Abfallbewirtschaftung abgestimmt. Das Pfand würde die dafür grundlegende Sammelinfrastruktur ohne Not zerstören.

Als Folge des Pfandes würden die heutigen Recyclinglösungen für Getränkeverpackungen vollständig ersetzt – und nicht etwa ergänzt. Das hätte weitreichende Folgen.

Schwere Nebenwirkungen

Leidtragende wären in erster Linie die Konsumentinnen und Konsumenten. An Bahnhöfen, in Büros, in Schulen oder bei Freizeitanlagen gäbe es keine Sammelstellen mehr. Statt 100'000 Rückgabemöglichkeiten gäbe es mit Pfand nur noch rund 7'000, die zudem nur während den Öffnungszeiten des Detailhandels zugänglich wären. Denn als Folge des Pfandes wäre ausschliesslich der Handel für die Rücknahme von Getränkeverpackungen zuständig. Dafür müsste er neue Lagerflächen schaffen und eine neue Logistik aufbauen. Die Städte und Gemeinden würden den Grossteil der Alu-, Glasund PET-Sammelmengen, sowie die damit verbundenen finanziellen Entschädigungen verlieren. Die Kosten für die Sammlung der Glas- und Alu-Restmengen (u.a. Konfi-Gläser, Tierfutterschalen) würden steigen, und die teuer geschaffenen Kapazitäten bei den Werkhöfen und in der Logistik würden hinfällig.

Keine Effekte, wo gewünscht

Nur rund 7 Prozent der liegengelassenen Gegenstände wären von einem Pfand betroffen und würden deshalb eventuell aufgesammelt würden. Auf das Littering hätte das Pfand deshalb kaum einen Einfluss.

Erfahrungen aus Deutschland belegen ausserdem, dass mit dem Pfand keine Mehrwegförderung betrieben werden kann. Deutschland setzt andere Instrumente dafür ein.

Keine Lösung für die Schweiz

Das Pfand kann für Länder ohne Abfalltrennung ein Instrument sein, um das Recycling anzukurbeln. In der Schweiz würden ohne Not funktionierende Recyclinglösungen geschwächt und die fein austarierte Abfallwirtschaft aus der Balance gebracht. Ein Pflichtpfand ist keine Weiterentwicklung des bisherigen Systems, sondern einen vollständigen Systemwechsel, ohne dass die Schweiz einen Mehrwert erhält. Im Gegenteil: Die Kreislaufwirtschaft würde in ihrer Entwicklung zurückgeworfen.

Erfolgreiche Recyclinglösungen in Gefahr

Die Schweizer Recyclinglösungen stellen die Konsumentinnen und Konsumenten ins Zentrum. Dank deren Sammelleistung und dem Engagement der Gemeinden, des Handels und der freiwilligen Sammelstellen werden 93 Prozent der Getränkeverpackungen rezykliert. Das Pfand würde diese positive Entwicklung gefährden.

Niemand trägt gerne Abfälle mit sich herum. Aus diesem Grund hat die Schweiz beim Aufbau des Getränkeverpackungs-Recyclings darauf geachtet, dass der Aufwand für das Recycling so gering wie möglich gehalten werden kann. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen ihre Getränkeverpackungen dort zurückgeben, wo sie ihr Getränk konsumieren. Diese Strategie wurde konsequent verfolgt. Heute gibt es schweizweit 100'000 Sammelstellen, um Aluminiumdosen, Glasflaschen und PET-Flaschen zurückzugeben.

Zeitgemässe Sammelinfrastruktur

Aufgrund des veränderten Konsumverhaltens ist in den letzten Jahren der Ausbau der Sammelinfrastruktur für den Unterwegkonsum immer stärker in den Fokus gerückt. Dafür arbeiten

die Recyclingorganisationen, der Handel, die freiwilligen Sammelstellen und die öffentliche Hand eng zusammen.

Ein Musterbeispiel sind die SBB. Die Bundesbahnen richteten 2012 ihre Abfallstrategie an den Bahnhöfen neu aus. Ziel war, den Bahnkunden ein modernes Abfalltrennsystem anbieten zu können, um damit das Engagement im Bereich Umweltschutz auszubauen. Das System ist ein riesiger Erfolg. Aktuell sind über 1'460 Recyclingstationen im Einsatz. Die Recyclingstationen sind ein so grosser Erfolg, dass immer mehr Städte und Gemeinden (u.a. Bern, Morges oder Zürich) ähnliche Konzepte im öffentlichen Raum umsetzen.

Ausbau der Zusammenarbeit

Nicht nur das Sammelnetz wurde in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. Mit dem «Ressourcen Trialog» konnten 2017 unter der Federführung des Kantons Aargau elf Leitsätze über die zukünftige Abfall- und Ressourcenwirtschaft der Schweiz erarbeitet werden. Die Trägerschaft umfasst u.a. das Bundesamt für Umwelt, den Wirtschaftsdachverband economiesuisse, die Umweltschutzorganisationen WWF Schweiz und Pusch, sowie den schweizerischen Verband Kommunale Infrastruktur. Diese richtungsweisenden Leitsätze fliessen in die Weiterentwicklung der Schweizer Recyclingsysteme ein. Neue Plattformen wie die «Drehscheibe Kreislaufwirtschaft Schweiz» oder die «Allianz Design for Recycling Plastics» sind direkte Folgen davon.

In den vergangenen Jahren konnte aber auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure der



Ob am Bahnhof, im Büro oder Gemeinde: Heute ist die nächste Sammelstelle bestimmt nur wenige Schritte entfernt.

«Dank der Freiwilligkeit und einer beispiellosen Kooperation über die gesamte Wertschöpfungskette haben wir in der Schweiz Recyclinglösungen geschaffen, um die uns ganz Europa beneidet. Darauf dürfen wir stolz sein.»

Markus Tavernier,
Präsident Swiss Recycling

Kreislaufwirtschaft verbessert werden. Der entscheidende Grund dafür ist, dass vielerorts Akteure – also Sammelstellen, Sortier- und Verwertungsanlagen, Handel und Getränkeproduzenten – Mitglieder in den jeweiligen Recyclingorganisationen sind. Dank dem regen Austausch können schnell und effizient Lösungen gefunden werden.

Hohe und stabile Recyclingquoten

Für Getränkeverpackungen aus Aluminium, Glas und PET schreibt die Verordnung über Getränkeverpackungen VGV eine Mindestverwertungs-Quote von 75 Prozent vor. Mit Verwertungsquoten zwischen 83 bis 94 Prozent (Zahlen 2017) übertreffen alle Recyclingorganisationen diese Vorgaben. Die Zahlen belegen es: Die Investitionen in Infrastruktur, Logistik und Sensibilisierung der Bevölkerung haben sich gelohnt. Die Schweiz bietet seiner Bevölkerung kundenfreundliche, erfolgreiche und gleichzeitig kostengünstige Recyclinglösungen für Getränkeverpackungen an.

Quellen

Bundesamt für Umwelt: «Berechnungsmethode der Verwertungsquote (Rücklaufquote) von Getränkeverpackungen»;

Bundesamt für Umwelt, Medienmitteilung: «93 Prozent aller Getränkeverpackungen werden rezykliert», 3. September 2013;

Bundesamt für Umwelt, Verwertung von Getränkeverpackungen, 15. November 2018;

Gemeinderat Zürich, Postulat «Pilotversucht für die getrennte Sammlung von Wertstoffen in Zusammenarbeit mit professionellen Recycling-Organisationen, überwiesen am 19. Juni 2019;

Ressourcen Trialog, Dialogprozess zur Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2030;

SBB News: «Saubere Züge und Bahnhöfe: 10 Eindrückliche Zahlen», 3. Juli 2018;

Kundenfreundlichkeit nimmt ab

Für die Rückgabe von leeren Getränkeverpackungen stehen der Bevölkerung heute 100'000 Sammelstellen zur Verfügung. Mit einem Pfand gäbe es nur noch die 7'000 Sammelstellen des Handels. Für die Bevölkerung bedeutet dieser Rückgang bei der Sammelinfrastruktur einen herben Komfortverlust.

Die Konsumenten möchten leere Getränkeverpackungen aufgrund ihrer Grösse und den Restflüssigkeiten möglichst bald nach der Konsumation loswerden. Damit die leeren Getränkeverpackungen nicht im Abfall landen, haben die Recyclingorganisationen in den letzten Jahren in den Ausbau der Sammelinfrastruktur im öffentlichen Raum investiert. Mittlerweile können Aluminiumdosen, Glasflaschen, und PET-Getränkeflaschen an 100'000 Sammelstellen zurückgegeben werden. Dank diesem System können die Konsumentinnen und Konsumenten ihre Getränkeverpackungen dort rezyklieren, wo sie ihre Getränke konsumieren. Die hohen Verwertungsquoten belegen, dass dieser Ansatz funktioniert.

Sammelstellen gingen verloren

Von den 100'000 Sammelstellen sind nur die 7'000 Sammelstellen des Detailhandels gesetzlich zur Rücknahme verpflichtet. Diese wären es auch, die nach Einführung eines Pfandsystems noch übrigblieben, weil Konsumentinnen und Konsumenten nur hier ihr Pfand zurückerhalten könnten. Die 93'000 freiwilligen

Sammelstellen an den Bahnhöfen, in den Büros, an den Schulen, bei den Städten und Gemeinden (Werkhöfe), usw. müssten abgebaut werden.

Für die Bevölkerung bedeutet der Verlust von so vielen Sammelstellen, dass der Weg zur nächsten Sammelstelle zunehmen würde. Erfahrungen aus Pfandländern zeigen, dass sich in den Spitzenzeiten lange Schlangen vor den Pfandautomaten bilden. Am Abend, an Wochenenden, in Randgebieten und in Gegenden mit wenigen Detailhändlern würde das Recycling erschwert. Aufgrund des Komfortverlusts beim Recycling besteht die Gefahr, dass Getränkeverpackungen vermehrt im Abfall landen.

Immer mehr Sammelstellen unterwegs

Städte und Gemeinden (z.B. Bern, Morges und Zürich), wie aber auch Naherholungsgebiete und Tourismusregionen in der ganzen Schweiz erarbeiten neue Konzepte, um die Separatsammlung und das Recycling im öffentlichen Raum zu stärken. Das Pfand würde all diese Initiativen auf lokaler

Ebene zerstören. Auch deshalb passt es nicht in die Schweizer Recyclinglandschaft.

«Die Sammelstellenreduktion von heute 100'000 auf 7'000 mit Pflichtpfand wäre ein unerhörter Abbau der Kundenfreundlichkeit!»

Babette Sigg,

Geschäftsführende Präsidentin Schweizerisches Konsumentenforum

Quellen

IGORA-Genossenschaft: «Recycling Map»; Stand: August 2019

GFK, Detailhandel Schweiz 2018.

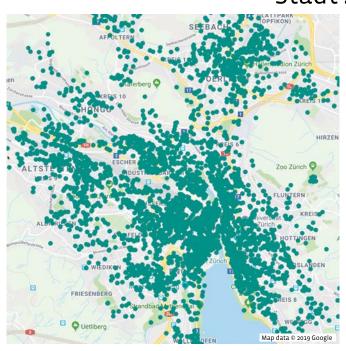
Weisse Arena Flims/Laax: Recyclingstationen. Stand: September 2019.

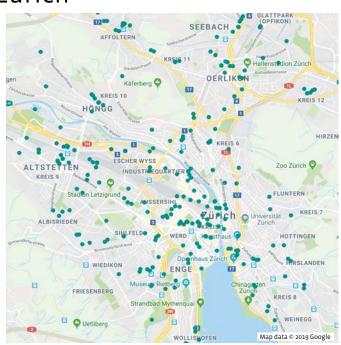
Stadt Zürich: Medienmitteilung vom 3.10.2019

Sammelnetz **heute**

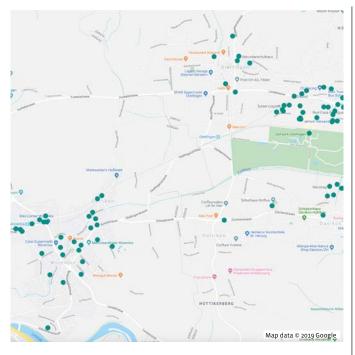
Sammelnetz mit einem Pflichtpfand

Stadt Zürich





Limmattal Kanton Zürich







Quotenvergleiche sind oft irreführend

Um den Nutzen von Recyclingsystemen zu vergleichen, werden gerne Quoten herbeigezogen. Dabei geht vergessen, dass hinter denselben Begriffen oft verschiedene Messund Berechnungsmethoden stehen. Solange einheitliche Vorgaben fehlen, lassen sich Recyclingsysteme anhand von Quoten nicht vergleichen.

Recyclingsysteme können aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten (z.B. politische und rechtliche Rahmenbedingungen, Mentalität) in den verschiedenen Ländern nur bedingt miteinander verglichen werden. Selbst beim Vergleich der Recyclingquoten ist grösste Vorsicht geboten. Denn jedes Land berechnet «seine» Quote auf eine andere Art.

Die Schweiz weist Verwertung aus

Die Schweizer Verwertungsquote gibt das Verhältnis der während eines Kalenderjahres stofflich verwerteten Menge zur gesamthaft in der Schweiz abgesetzten Menge aus demselben Material an. Als Verwertung gilt gemäss der Verordnung über Getränkeverpackungen Art. 2, Abs. 3 die Herstellung neuer Verpackungen oder anderer Produkte aus gebrauchten Verpackungen. Die Schweiz misst am Ende des Recyclingprozesses und akzeptiert nur die stoffliche Verwertung als Verwertung. Fehlwürfe, Fremdstoffe oder zu stark verschmutztes Material sind in der Schweizer Quote nicht enthalten. Diese Berechnungsart wird «Output-Quote» genannt.

Andere Länder, andere Messpunkte

Anders sieht die Situation in Europa aus. Üblicherweise wird die Recyclingquote

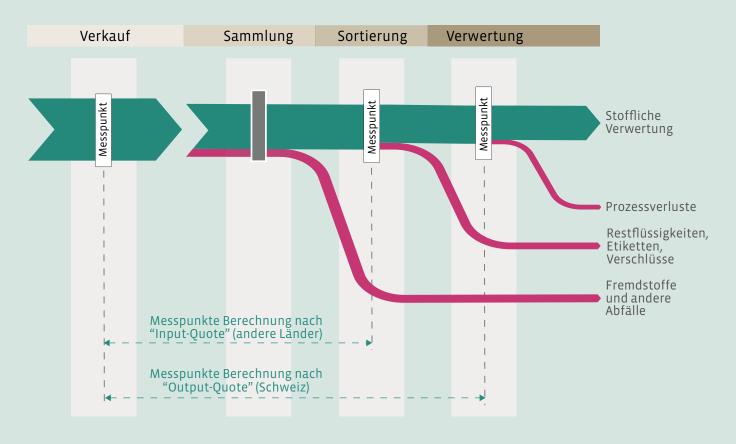
basierend auf der Menge berechnet, welche an die erste Recyclinganlage - meist die Sortieranlage - angeliefert wird. Was anschliessend mit dem Material passiert, hat keinen Einfluss auf die Recyclingquote: Fremdstoffe, nicht rezyklierbares Material und selbst Material, das thermisch verwertet wird, gilt als rezykliert. Diese Art der Berechnung wird «Input-Quote» genannt. Weil mehr Material erfasst wird als bei der Output-Quote, fällt die Input-Quote naturgemäss höher aus.

In Deutschland wird die Kritik an dieser Input-Quote immer lauter. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete diese «kreative Auslegung des Begriffs Recycling» kürzlich als «Augenwischerei». Bei der Fraktion der Grünen im Bundestag klingt es ähnlich. Sie werfen der Bundesregierung «schönrechnen» und «irreführende Quoten» vor.

Vereinheitlichung in Sicht

Die Problematik der verschiedenen Messund Berechnungsverfahren wurde mittlerweile auch von der EU erkannt. Sie versucht zurzeit Messpunkte, Berechnungsmethoden und Definitionen zu vereinheitlichen. Zukünftig sollen alle EU-Länder Output-Quoten angeben.

Unterschiedliche Berechnung der Verwertungsquote



Quelle: BAFU

Darstellung: Swiss Recycling

Deutschland hat angekündet, dass die neuen EU-Richtlinien ab 2020 bei den Quotenberechnungen angewendet werden sollen. Experten gehen davon aus, dass die deutschen Recyclingquoten – insbesondere bei den Kunststoffen – deutlich einbrechen werden.

Ob die Schweiz die Messpunkt- und Berechnungsvorgaben der EU übernehmen wird, ist noch unklar. Bis es so weit ist, ist grösste Vorsicht beim Vergleich von Recyclingquoten geboten.

Quellen

Bayrischer Rundfunk: «Wie Deutschland mehr Kunststoff recyceln kann», 4. Februar 2019;

Bundesamt für Umwelt: «Berechnungsmethode der Verwertungsquote (Rücklaufquote) von Getränkeverpackungen»;

Bundesamt für Umwelt: «Faktenblatt: Berechnung der Verwertungsquote von PET-Flaschen»;

Frankfurter Allgemeine Zeitung: «Deutschland, Recyclingland?», 17. September 2018;

Verordnung über Getränkeverpackungen, Stand 1. Januar 2008;

Ökologisch gut und geeignet

Jede Getränkeverpackung hat ihre Vor- und Nachteile. Eine universell überlegene Verpackung gibt es nicht. Gemäss dem Bundesamt für Umwelt verfügt die Schweiz über einen ökologisch guten Verpackungsmix. Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass das Pfand kein geeignetes Mittel zur Mehrwegförderung ist.

Mit Zunahme der Mobilität und des Unterwegskonsums ab Mitte der 1990er Jahre ist die Nachfrage nach leichten, bruchsicheren und einfach entsorgbaren Verpackungen gestiegen. Entsprechend haben Alu- und PET-Getränkeverpackungen Marktanteile gewonnen, die Glas-Mehrweggebinde haben hingegen Marktanteile verloren.

Ökologisch guter Verpackungsmix

Aufgrund dieser Marktverschiebungen wurden Anfang der 2000er-Jahre die ersten Ökobilanzen zu Getränkeverpackungen erstellt. Damals waren Mehrwegflaschen die ökologisch vorteilhaftesten Verpackungen. Seither gilt in breiten Teilen der Öffentlichkeit die Meinung, Mehrweg sei immer besser. Diese Aussage hält heutigen Erkenntnissen nicht mehr stand. Das Bundesamt für Umwelt kam bereits 2014 zum Schluss, dass es keine Verpackung gibt, «die für alle Getränketypen gleichermassen geeignet ist», und, dass die Schweiz über einen «aus ökologischer Sicht guten und geeigneten» Verpackungsmix verfügt.

«Jede Verpackung hat ihre Vor- und Nachteile: Verwendungszweck, Getränk, Transportdistanz, Rezyklatanteil und Gewicht sind Faktoren, welche die Ökobilanz einer Verpackung beeinflussen. Es gibt keine universell beste Verpackungslösung für Getränke.»

> Fredy Dinkel, Senior Partner, Carbotech AG

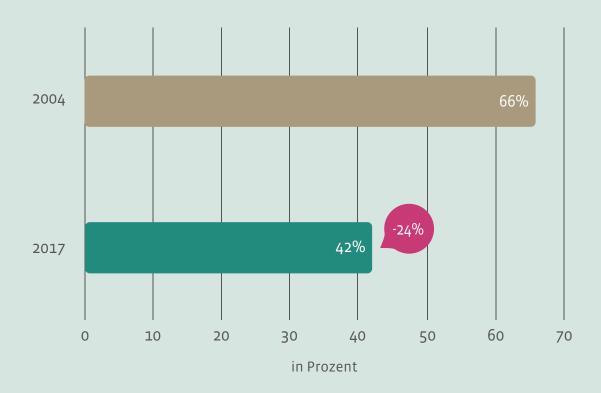
Unterschiedliche Anforderungen

Die BAFU-Studie führt aus, dass aus Sicht der Gesamtökobilanz je nach abgefülltem Getränk (z.B. Wasser, Saft oder Bier), Volumen, Transportdistanz, Rezyklatanteil, Anzahl Wiederbefüllungen, Ort der Konsumation (zu Hause, im Restaurant, unterwegs), usw. unterschiedliche Verpackungen am besten abschneiden. Das verwendete Material ist nur einer von vielen Faktoren, der die Umweltverträglichkeit einer Getränkeverpackung beeinflusst. Vereinfacht kann gesagt werden, dass Getränkeverpackungen mit einer tiefen Umweltbelastung entweder leicht oder mehrmals verwendbar sein müssen

Heute freie Gebindewahl

Heute bietet der Getränkefachhandel Getränke nicht nur in Einwegflaschen, sondern auch in Mehrweggebinden mit Pfand an. Konsumentinnen und Konsumenten entscheiden, welche Gebinde sie kaufen möchten und welche Gebinde sich langfristig durchsetzen werden. Ein staatlicher Eingriff ist angesichts der ausgeglichenen Ökobilanzen unverhältnismässig.

Entwicklung Mehrwegquote durch Pflichtpfand in Deutschland



Blick nach Deutschland:

Trotz Pfand sank der Mehrweganteil

Im Jahr 2003 wurde mit der Einführung des Pflichtpfandes versucht, den Rückgang der Mehrweggebinde zu stoppen – ohne Erfolg. Bereits 2010 hat das deutsche Umweltbundesamt im Bericht «Bewertung der Verpackungsverordnung – Evaluierung der Pfandpflicht» festgehalten, dass das Pfand den Rückgang von Mehrweggebinden nicht verhindern konnte und, dass das Pfand keine geeignete Massnahme sei,

um den Mehrweganteil zu fördern. Aufgrund dieser Erkenntnisse hat Deutschland per 1. Januar 2019 ein neues Verpackungsgesetz eingeführt. Statt über die Sammlung soll der Mehrweganteil über Massnahmen, die auf die Inverkehrbringung abzielen, gefördert werden.

Quellen

Bundesamt für Umwelt: «Getränkeverpackungen aus ökologischer Sicht gut und geeignet», 10 September 2014;

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: «Anteile der in Mehrwerg-Getränkeverpackungen sowie in vorteilhaften Einweg-Getränkeverpackungen abgefüllten Getränke», 4. Juli 2017

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Medienmitteilung «Neues Verpackungsgesetz stärkt Recycling und Mehrweg», 31. März 2017

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Medienmitteilung «Neues Verpackungsgesetz sorgt für bessere Verpackungen und mehr Recycling», 2. Januar 2019

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: FAQ «Mehrweg und Verpackungsgesetz», Stand August 2019

Umweltbundesamt: «Bewertung der Verpackungsordnung – Evaluierung der Pfandpflicht», April 2010 UmweltPerspektiven: «50 Prozent Rezyklatanteil in PET-Flaschen sollte in Deutschland Standard werden», 16. Mai 2019

Umweltbundesamt: «Verbrauch von Getränken in Mehrweg- und ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackungen», Bericht 2017 Erfolgreiche Prävention

Sensibilisierung hilft gegen Littering

Dank der intensiven Sensibilisierung der Bevölkerung und dem Ausbau der Sammelinfrastruktur konnte das Littering trotz Bevölkerungswachstum und steigendem Unterwegskonsum stabilisiert und sogar leicht reduziert werden. Ein Pfand wäre eine Bedrohung für diese Erfolgsgeschichte.

Seit 2007 engagiert sich die IG saubere Umwelt (IGSU) gemeinsam mit Bund, Städten, Gemeinden und Recyclingorganisationen erfolgreich gegen Littering. Mit Massnahmen wie dem Clean-Up-Day, Schulworkshops oder Raumpatenschaften ist es gelungen, das Littering trotz Bevölkerungswachstum, stärkerer Nutzung

Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt (IGSU)

Die IGSU ist das Schweizer Kompetenzzentrum gegen Littering. Seit 2007 setzt sie sich national mit präventiven Sensibilisierungsmassnahmen für eine saubere Schweiz ein. Zu den bekanntesten Massnahmen der IGSU gehören der nationale Clean-Up-Day und die persönlichen Sensibilisierungsgespräche der IGSU-Botschafter-Teams im öffentlichen Raum.

des öffentlichen Raums sowie steigendem Unterwegskonsum zu stabilisieren und sogar leicht zu reduzieren. Das zeigen die Umfragen der IGSU, die seit 2015 jährlich in Zusammenarbeit mit Dr. Ralph Hansmann, Dozent für Nachhaltigkeitswissenschaften an der ETH Zürich, durchgeführt werden.

Jeder Meter zählt

Die Verpackung eines Konsumguts wird zu Abfall, sobald das Konsumgut verbraucht ist. Da leere Getränkeverpackungen keinen Nutzen mehr haben, teilweise klebrig sind oder Restflüssigkeiten enthalten, möchten die Konsumenten sie möglichst schnell entsorgen. Die Distanz zur nächsten Entsorgungsmöglichkeit ist deshalb ein entscheidender Faktor, ob eine Getränkeverpackung gelittert, in den Abfall geworfen oder korrekt rezykliert wird. Studien wie «Littering kostet» vom BAFU zeigen denn auch, dass Gegenstände, für die es Recyclingsysteme gibt, seltener gelittert werden

Sammelstellen helfen gegen Littering

Im öffentlichen Raum gibt es momentan nur für Getränkeverpackungen und Papier (Zeitungen) Recyclingsysteme. Um das Littering zu bekämpfen, sollte vermehrt in den Ausbau der Sammelinfrastruktur im öffentlichen Raum für den Unterwegskonsum und in den Aufbau von Sammelsystemen der bisher nicht separat gesammelten Gegenstände investiert werden, statt eine funktionierende Recyclinglösung durch ein neues System zu ersetzen. Dies haben beispielsweise auch die Städte Zürich, Bern und Morges erkannt und planen den Ausbau von solchen Sammelstellen an belebten Plätzen und Haltestellen.

93 Prozent bleiben liegen

Gemäss dem Bundesamt für Umwelt machen Zigarettenstummel, Take-Away-Verpackungen, Zeitungen und «Diverses» 87 Prozent des Litterings aus. Nur 13 Prozent stammen von Getränkeverpackungen, wobei die Hälfte davon

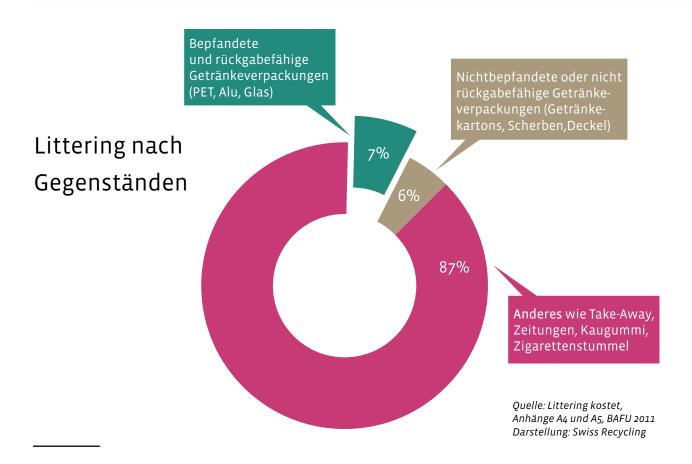
Scherben, Deckel, Etiketten, Getränkekartons und weitere Gegenstände sind, die nicht gegen ein Pfand zurückgebracht werden könnten. Diese würden selbst mit einem Pfandsystem liegen bleiben. Mit einem Pfand könnte das Littering also im allerbesten Fall um 7 Prozent reduziert werden. Diese Tatsache spricht dafür, dass mit dem Pfand der Hebel am falschen Ort angesetzt würde.

Falscher Anreiz

Ein Pfand kann bei den Konsumentinnen und Konsumenten das Gefühl wecken, sie hätten sich von der Verantwortung «freigekauft», ihre Getränkeverpackung korrekt entsorgen zu müssen. Es könnte sie dazu verleiten aus Komfortgründen auf die Rückforderung des Pfandbetrags zu verzichten und sich mit der Annahme zu trösten, dass die Verpackung von jemand anderem aufgesammelt und in den Detailhandel zurückgebracht wird. Wird die

heute bestehende Anti-Littering-Norm durch eine «jemand wird das schon aufsammeln»-Haltung ersetzt, kann dies zu einem generellen Anstieg des Litterings führen.

Die Kombination aus Sensibilisierung, konsumentenfreundlicher Sammelinfrastruktur und Littering-Bussen hat sich aus Sicht der Littering-Prävention bewährt. Dieser Weg sollte aus Sicht der IGSU weitergegangen werden.



«Ein entscheidender Faktor, ob eine Verpackung gelittert wird oder nicht, ist die Nähe der nächsten Entsorgungsmöglichkeit – gerade im Unterwegskonsum. Eine konsumentenfreundliche Infrastruktur ist neben Sensibilisierung und Litteringbussen ein Bestandteil des bewährten Massnahmenmixes im Engagement gegen Littering.»

Nora Steimer, Geschäftsleiterin IG saubere Umwelt (IGSU)

Quellen

Bundesamt für Umwelt: «Littering kostet – Fraktionsspezifische Reinigungskosten durch Littering in der Schweiz», 2011;

ETH Zürich und IG saubere Umwelt: «Raumpatenschaften für Sauberkeit im öffentlichen Raum zur Bekämpfung von Littering», 17. November 2016;

IG saubere Umwelt: Medienmitteilung «Littering: Umdenken führt zu neuen Rekorden», 27. November 2018 Wertstoffsammlungen der öffentlichen Hand

Service Public in Gefahr

Das Pfand würde zu Verlagerungen bei den Wertstoffströmen und der Finanzierung der kommunalen Sammelinfrastruktur führen. Die langfristigen Investitionen in die Sammelinfrastruktur der Städte und Gemeinden würden hinfällig, und die Finanzierung der kommunalen Sammelstellen würde leiden.



Verlorene Investitionen: Unterflurcontainer für die Sammlung von Glas

«Die Bevölkerung will einfache und umfassende Recyclingmöglichkeiten. Deshalb investieren Städte, Gemeinden und auch private Dienstleister in Recyclinghöfe für einen zeitgemässen Service. Die generelle Pfandforderung steht da quer in der Landschaft.»

Alex Bukowiecki,

Geschäftsführer Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

Städte, Gemeinden und Abfallzweckverbände haben sich als kompetente und zuverlässige Leistungserbringer in der Abfallwirtschaft bewährt. Sie garantieren auch in Zeiten mit schwierigem Marktumfeld einen konstanten Service Public für die Bevölkerung. Das breit gefächerte Recyclingangebot an kommunalen Sammelstellen (Ökihöfe und Quartiersammelstellen) wird von der Bevölkerung sehr geschätzt.

Langfristig investiert

Um dieses Angebot zu ermöglichen, wurden grosse Summen in die Sammelinfrastruktur investiert und auf die heutigen Mengen ausgerichtet (z.B. Unterflurcontainer). Ein Pfand würde zu grundlegenden Verlagerungen bei den Wertstoffströmen führen. Rund 300'000 Tonnen Getränkeverpackungen, die bisher von den Gemeinden gesammelt wurden, müssten in Zukunft vom Detailhandel gesammelt werden. Der Detailhandel müsste für die-

se Mengen zusätzlichen Platz schaffen und eine neue Logistik aufbauen. Dafür würde die bestehende Logistik der öffentlichen Hand überflüssig.

Für die Bevölkerung wäre besonders ärgerlich, dass die heute weit verbreitete und beliebte Möglichkeit der Entsorgung an Gemeindesammelstellen aufgehoben würde

Parallele Sammelsysteme

Da vom Pfand nur Getränkeverpackungen betroffen wären, aus
Haushalten aber auch andere
Abfälle aus Glas und Aluminium
(z.B. Konfi-Gläser, Tierfutterschalen) zur Sammlung anfallen,
müsste die öffentliche Hand auch
in Zukunft Sammlungen dafür anbieten. Als Folge des Pfandes gäbe
es für Glas und Aluminium jeweils
zwei Sammelsysteme: eines für
Getränkeverpackungen im Detailhandel und eines für alle anderen
Wertstoffe aus diesen Materialien
bei den Gemeinden.

Wegfall von

Sammelentschädigungen

Die Verlagerung der Wertstoffströme würde auch Veränderungen bei der Finanzierung nach sich ziehen. Heute werden die Städte. Gemeinden und Zweckverbände mit den Einnahmen aus den vorgezogenen Entsorgungsgebühren (vEG) und Recyclingbeiträgen (vRB) für ihre Sammeltätigkeit entschädigt. Mit einem Pfand würde diese Finanzierungslösung abgeschafft. Mindereinnahmen in der Höhe von rund 30 Mio. Franken wären die Folge. Ohne die heutige Finanzierungslösung würde die Sammlung der Glas- und Aluminium/Weissblech-Restfraktionen wesentlich verteuert.

Wenig Einfluss auf Littering

Die heutigen Separatsammlungen funktionieren und leisten einen wichtigen Beitrag bei der Littering-Bekämpfung. Wenn überhaupt, dann könnten die Sammel- und Recyclingquoten mit einem Pfand nur marginal gesteigert werden. Auf die Reinigungskosten der Städte hätte das kaum einen Einfluss. Denn Zigarettenstummel, Zeitungen, Flyer, Take-Away-Verpackungen, etc., die 87 Prozent des Litterings ausmachen, müssten weiterhin aufgesammelt werden.

Aus diesen Gründen lehnt der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur die Forderung nach einem Pflichtpfand ab.

Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

Der SVKI ist eine Sektion des Städteverbandes und Partner des Schweizerischen Gemeindeverbandes und setzt sich politisch und fachlich für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen ein. Mitglieder von SVKI sind über 260 Städte, Gemeinden, Zweckverbände, Kantone und Gönner der Privatwirtschaft.

Quellen

Igora-Genossenschaft: «Geschäftsbericht 2018», Mai 2018;

Verein PET-Recycling Schweiz: «Jahresbericht 2018», Mai 2018;

VetroSwiss: «Jahresbericht 2017», 24. September 2018;

Ganzheitliches Zielsystem statt Pflichtpfand

Für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen müssen Kreisläufe zwingend geschlossen werden. Das Recycling ist in den letzten Jahren stetig optimiert, und damit der Umweltnutzen weiter gesteigert worden. Ein Pflichtpfand hingegen würde mit seiner Einseitigkeit den weiteren Aufbau einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft behindern.

Unter dem Titel «Ressourcen Trialog» haben sich Schlüsselorganisationen aus Wirtschaft, Behörden, Gesellschaft und Politik auf die künftige und nachhaltige Ausrichtung der Schweizer Abfall- und Ressourcenwirtschaft geeinigt. Gemeinsam wurden elf Leitsätze erarbeitet, die dazu beitragen, den Materialeinsatz zu minimieren, die Lebensdauer von Produkten zu optimieren und Abfälle zu vermeiden oder sinnvoll zu verwerten.

Ganzheitliche Kreislaufwirtschaft

Die neuen Leitsätze sind richtungsweisend für die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Schweizer Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Der Hauptfokus liegt zunehmend auf einer intelligenten stofflichen und energetischen Nutzung des Abfalls als wertvolle Ressource. Dies zeigt sich beispielsweise in Leitsatz 4, der explizit auf den Aufbau einer erfolgreichen Kreislauf

«Die Einführung eines Pfandsystems dürfte keinen Umweltnutzen erbringen. Warum also das heute gut funktionierende System auf den Kopf stellen?»

Felix Meier, Geschäftsführer PUSCH

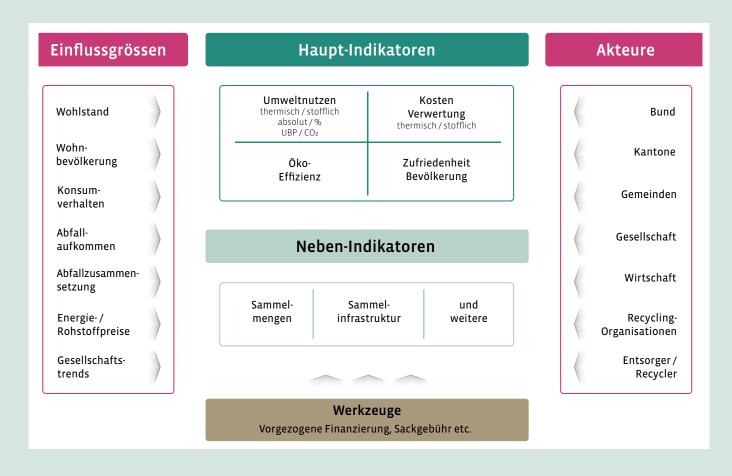
wirtschaft abzielt. Plattformen wie die «Drehscheibe Kreislaufwirtschaft Schweiz» oder die «Allianz Design for Recycling Plastics» sind direkte Folgen aus diesem Ressourcen Trialog. Sie ermöglichen die Vernetzung der Akteure, die Zusammenarbeit und übergreifende Herangehensweise in Themenschwerpunkten wie Indikatoren, Rezyklierbarkeit und Sensibilisierung.

Swiss Recycling hat im Rahmen der «Drehscheibe Kreislaufwirtschaft Schweiz» mit Experten ein Indikatoren-/Zielsystem entwickelt. Im Vergleich zu simplen Quoten ermöglicht dieses System

eine weitere Optimierung auf allen Stufen: Vom Design der Produkte bis hin zur sinnvollen Verwertung und dem nutzbringenden Wiedereinsatz des Rezyklats.

Leitsätze – Schwerpunkte der **Entwicklung**

Die Einführung eines Pflichtpfands jedoch läuft den zukunftsgerichteten Leitsätzen des Ressourcen Trialogs diametral entgegen und würde die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft behindern. So wäre es beispielsweise nicht mehr möglich, Leitsatz 7 umzusetzen, der neue kostenwirksame Massnahmen prioritär dort einführen will, «wo



Das Indikatoren-/Zielsystem des Ressourcen Trialog verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Ein Pfand hingegen fokussiert einseitig auf die Sammlung und behindert damit den Aufbau einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft.

sie maximale ökologische Wirkung bei minimalen Kosten erzielen.» Und auch Leitsatz 10 würde verunmöglicht, der verlangt, dass «die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Entsorgungssysteme nach einer Optimierung von Kosten, Umweltnutzen und Kundenfreundlichkeit streben.» Mit einem Pfand nähme gerade die Kundenfreundlichkeit aufgrund eines drastischen Rückgangs der Sammelinfrastruktur und der begrenzten Öffnungszeiten des Detailhandels massiv ab. Die Kosten hingegen würden massiv steigen. Die Leidtragenden wären auch hier die Konsumenten, die diese Mehrkosten zu tragen hätten

Öko-Effizienz optimieren statt verschlechtern

Obschon der Umweltnutzen des Recyclings seit 1992 um den

Faktor 3,3 gesteigert werden konnte, gilt es, weiter zu optimieren, und zwar ganzheitlich. Ein Pflichtpfand behindert diese Optimierungen, weil es allein auf die Sammlung fokussiert und dafür viel Geld aufwendet, das an anderen Orten viel wirkungsvoller eingesetzt werden könnte. Wichtige Aspekte wie das Designfor-Recycling oder die Öko-Effizienz blieben auf der Strecke. Ein Pflichtpfand wäre also eine teuer erkaufte Massnahme, hätte einen höchstens minimalen Umweltnutzen und würde die Kreislaufwirtschaft behindern.

Quellen

www.ressourcentrialog.ch www.circular-economy.swiss www.sr-leitungsbericht.ch

Definition Öko-Effizienz

Die Öko-Effizienz ist die Gegenüberstellung von erzieltem Umweltnutzen und den dafür notwendigen Kosten. Es wird also gemessen, ob die finanziellen Mittel aus ökologischer Sicht gut eingesetzt sind. Sowohl die Leitsätze des Ressourcen Trialogs wie auch das Indikatoren-/Zielsystem geben der Öko-Effizienz ein grosses Gewicht. Mit einem Pflichtpfand würde die Öko-Effizienz der Kreislaufwirtschaft massiv verschlechtert, da hohe Kosten einem geringen bis keinem Umweltnutzen gegenüberstehen.



Impressum

Herausgeber: Swiss Recycling, Obstgartenstrasse 2, 8006 Zürich

Kontakt: info@swissrecycling.ch, Tel. 044 342 20 00

Redaktion: Swiss Recycling-Team

Konzept und Realisation: Blue Level GmbH, Kreuzlingen

Internet: www.kein-pflichtpfand.ch Erscheinungsweise: Einzelnummer Copyright: Swiss Recycling